

Autor: Paul Becker

Titel: Handlungsoptionen von MigrantInnen in Interaktion mit dem formellen und informellen Staat in Russland

Quelle (ediss Uni-Göttingen, Göttingen, 2018)

Gliederung:

1. Einleitung
2. Theoretische Verortung der Arbeit
3. Datenerhebung und Methoden
4. Formeller und informeller Staat in Russland
 - 4.1 Grundzüge des formellen und informellen Staates
 - 4.2 Russische Migrationspolitik und die Entwicklung internationaler Migration nach Russland
 - 4.3 Strukturen des formellen und informellen Staates in Russland
5. Wahrnehmung von Handlungsfähigkeit – Wie handlungswirksam erleben sich MigrantInnen in ihren Interaktionen mit dem informellen Staat in Russland?
 - 5.1 Möglichkeiten des Erwerbs von Aufenthaltsdokumenten – Ein Wechselspiel zwischen Zielen und Ressourcen internationaler MigrantInnen und den informellen staatlichen Strukturen
 - 5.2 Interaktionsgestaltung mit den Rechtsschutzorganen
 - 5.3 Handlungsoptionen auf dem Wohnungsmarkt - Erleben von Unsicherheit und Vertrauen, Möglichkeiten der MigrantInnen, Hilfsstrukturen zu nutzen
 - 5.4 Erfahrung und Umgang der MigrantInnen mit Unterstützung und Vertrauen sowie Betrug und Ausbeutung auf dem russischen Arbeitsmarkt
6. Diskussion und Ausblick
7. Literatur

Zusammenfassung:

Immer mehr Menschen kommen mit unterschiedlichen Absichten und Zielen nach Russland. Russland belegt nach Angaben der UN nach den USA und Deutschland den dritten Platz in Bezug auf die Anzahl von MigrantInnen weltweit. In Russland angekommen, stehen die MigrantInnen vor vielfältigen, komplexen Aufgaben, die sie zur Sicherung ihres Aufenthaltes im Land zu bewältigen haben. Hierzu treten sie häufig in Interaktion mit staatlichen Strukturen. Im Vergleich zu westlichen rechtsstaatlichen Ländern ist die Situation in Russland allerdings durch eine Omnipräsenz und symbiotische Verbindung formeller und informeller staatlicher Strukturen gekennzeichnet. Einige Autoren bezeichnen die Situation in Russland sogar als eine historische Symbiose des organisierten Verbrechens mit dem Staat.

Gegenstand der Arbeit stellt die Wahrnehmung der Handlungsfähigkeit von MigrantInnen in einem Kontext dar, der - anders als die häufiger untersuchten europäischen Rechts- und Wohlfahrtsstaaten - geprägt ist von eingeschränkter Rechtsstaatlichkeit und einer Koexistenz formeller und informeller Strukturen. In der Arbeit wurde der Frage nachgegangen, ob derartige Bedingungen primär als einschränkend erlebt oder auch als Möglichkeiten bietend wahrgenommen wurde, unterschiedliche Handlungsoptionen auszuführen. Mithilfe des Verfahrens der Grounded Theory und des Theoretical Samplings wurden im Zeitraum 2013-2014 strukturierte Interviews mit ExpertInnen, thematisch fokussierte narrative Interviews mit MigrantInnen aus 13 Ländern sowie (teilnehmende) Beobachtungen durchgeführt. Die Analyse der Interviewdaten erfolgte durch das Verfahren der Thematical Analysis.

Als zentrale Probleme beschrieben die MigrantInnen die Erlangung von Dokumenten, die Suche nach Unterkunft und einer Arbeitsstelle sowie die Interaktion mit Beamten der Rechtsschutzorgane. Geschildert wurde dabei wiederholt die Konfrontation mit informellen staatlichen Strukturen, die MigrantInnen als überwiegend korrupt und mit den formellen staatlichen Strukturen verwoben

wahrnahmen. Dabei nahmen die MigrantInnen die informellen staatlichen Strukturen sowohl als einschränkend als auch ihnen verschiedene Handlungsoptionen ermöglichend wahr. Handlungsoptionen konnten Absprachen mit ArbeitgeberInnen betreffen, Unterstützung beim käuflichen Erwerb von Dokumenten oder Treffen von Übereinkünften mit Abschnittsbevollmächtigten zum Schutz vor unangekündigten Razzien umfassen. Einschränkungen des informellen Staates stellten Willkür und Erpressung durch PolizeibeamtInnen dar, die Notwendigkeit, reguläre Dokumente zu einem hohen Preis kaufen zu müssen, statt diese auf rechtsstaatlichem Wege beantragen zu können sowie mangelnde Möglichkeiten, das eigene Recht, z. B. bei Erfahrung von Lohnbetrug, einzuklagen.

Innerhalb der von informellen Strukturen dominierten Rahmenbedingungen schilderten MigrantInnen ihre Wahrnehmung, Handlungsstrategien zur Erlangung von Aufenthaltsdokumenten, zum Schutz vor Abschiebung oder Willkür, zur Erfüllung ihrer Sicherheits- und wirtschaftlichen Interessen an ihre jeweiligen Lebensbedingungen und die strukturellen Gegebenheiten vor Ort flexibel adaptieren und ggf. neue Handlungsoptionen entsprechend ihrer Vorerfahrungen, Ziele und Ressourcen verfolgen zu können. Als zentrale beeinflussende Faktoren ihrer Handlungsfähigkeit beschrieben die MigrantInnen vier Faktoren: Das Vorhandensein finanzieller Mittel und die Bereitschaft, diese für den Erwerb regulärer Aufenthaltstitel einzusetzen; Soziale Netzwerke und ihr Engagement für die Neuankömmlinge bei der Wohnungs- und Arbeitssuche bzw. Erlangung von Dokumenten; gute Kenntnisse der Landessprache und interpersonales Vertrauen zu den Mitgliedern eigener sozialer Netzwerke sowie Systemvertrauen in informelle staatliche Strukturen.